

«Unheilige Allianzen schaden der Armee»

GRYNAU. Der Armee fehle es an allen Ecken und Enden: Das erklärte Nationalrat Jakob Büchler an einer Veranstaltung der CVP Linth in der Grynau.

Köbi Büchler führte aus, woran die Armee leidet. Verantwortlich für den schlechten Zustand seien die unheiligen Allianzen zwischen den linken und rechten Parteien sowie die Uneinigkeit im Bundesrat.

Der Anteil an den Verteidigungsausgaben beträgt in der Schweiz lediglich 0,83 Prozent des Bruttosozialproduktes. Die Nachbarnländer in Europa geben allesamt mehr aus (z. B. Deutschland 1,27 Prozent, Österreich 0,96 Prozent). «Unsere Mittel reichen nicht aus für eine Verteidigungsarmee, die den aktuellen Bedrohungen gerecht werden soll», betonte Köbi Büchler.

Schweiz braucht Armee

Kantonsrat Beat Jud fordert von den National- und Ständeräten, sich endlich zu einem klaren Verteidigungsauftrag der Schweizer Armee durchzuringen und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Schweizer Armee dürfe ihre Soldaten im WK nicht tatenlos herumsitzen

lasse, nur weil ein Konzept und das Geld fehlten. «Es ist einmal mehr die unheilige Allianz von links und rechts, die eine schlagkräftige und glaubwürdige Schweizer Armee verhindert», führt er aus. Doch die Schweiz brauche eine Armee, damit sie aus eigener Kraft in der Lage ist, zivile Objekte von existenzieller Bedeutung wie etwa Flughäfen und Spitäler zu schützen.

Zusammenarbeit kein Tabu

Yvonne Suter, Präsidentin der CVP Linth, gab zu bedenken, dass die Schweizer Armee nur mit enormem Aufwand auf einen Stand gebracht werden kann, um die Schweiz alleine vor Bedrohungen schützen zu können. Wenn dieser Aufwand nicht geleistet werden wolle, solle man ehrlich sein und auch die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbündnissen nicht zum Tabu erklären.

Die ständerätliche Sicherheitskommission hat den Verteidigungsminister Ueli Maurer nun mit einem Bericht beauftragt, der verschiedene mögliche Szenarien für die Armee aufzeigt. Köbi Büchler erhofft sich davon eine solide Diskussionsgrundlage, welche die aktuelle Blockade in der sicherheitspolitischen Diskussion endlich lösen solle. (e)